Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 43

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entwicklungshilfe

CSSR

«Wir profitieren»

Die «uneigennützige und brüderliche» Hilfe der kommunistischen Staaten an die Entwicklungsländer wird in der Tschechoslowakei dementiert. Wie die Regierungen der westlichen Länder, so müssen auch die kommunistischen Funktionäre in der CSSR ihr Auslandhilfsprogramm verteidigen und vor Angriffen der Oeffentlichkeit in Schutz nehmen.

In einer neueren Ausgabe der «Pilsen Prawda», einer Provinz-Zeitung der CSSR, bemüht sich ein Sprecher der tschechoslowakischen KP, Vaclav Mandous, den Nachweis zu führen, dass die CSSR durch ihr Auslandhilfsprogramm für die Entwicklungsländer in Lateinamerika, Asien und Afrika sowohl wirtschaftlichen wie auch politischen Nutzen gewinne.

Mandous schreibt, «von Zeit zu Zeit werden Proteste unserer Mitbürger laut, die behaupten, wir sollten den Entwicklungsländern nicht auf so umfangreiche Weise helfen, da dadurch der Lebensstandard des eigenen Volkes nicht schnell genug gesteigert werden könne und wir durch die geleistete Hilfe auf zuviel verzichten müssen».

Mandous deutet an, die Frage der Entwicklungshilfe sei in der CSSR ein besonders heisses Eisen, und es liegen verschiedene Berichte über die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die sich auch schon früher bemerkbar gemacht hat, vor.

Teilweise mag daran die Tatsache Schuld sein, dass die CSSR pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, bei weitem die grösste Entwicklungshilfe unter allen Comecon-Mitgliedstaaten, einschliesslich der UdSSR, leistet. So berichtet beispielsweise «Mezinarodni Politika» Anfang des Jahres 1963, der «Handel der CSSR mit den Entwicklungsländern hat, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, den grössten Umfang unter allen Mitgliedstaaten des Comecon».

Unter Verwendung der Zahlen für das Jahr 1960 schrieb das Blatt, der Handel habe je Person einen Wert von 213 Kronen (das sind ungefähr 15 Dollar zum Touristenkurs) erreicht, verglichen mit 79 Kronen (5,50 Dollar) in der DDR, die an zweiter Stelle stand. Für die UdSSR wurden keine Angaben gemacht.

Dann wandte sich Mandous gegen die Kritik am Auslandhilfsprogramm und wies darauf hin, dass der Handel mit den Entwicklungsländern ein Geschäft auf Gegenseitigkeit sei und «nicht ein Wohlfahrtsunternehmen, wie einige unserer Leute irrtümlich glauben».

Und er fügt hinzu, «seine politische Bedeutung liegt in der Tatsache, dass die Entwicklungsländer einsehen, dass ihre wahren Freunde nur auf der Seite des Friedens und des Sozialismus zu finden sind».

Den Hauptnachdruck legt Mandous aber auf die wirtschaftlichen Vorteile, die sich die CSSR sichere.

Durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Entwicklungsländern, so erklärt er, «lösen wir viele Probleme, die mit dem Verkauf unserer Erzeugnisse zusammenhängen, vor allem auf dem Gebiete der Schwerindustrie, da der Gemeinsame Markt ein grosses Hindernis bei der Eroberung der Märkte der kapitalistischen Länder darstellt».

Durch diese wirtschaftlichen Beziehungen gewinne die CSSR Zugang zu wertvollen Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen, da die Entwicklungsländer über «reiche natürliche Vorkommen» verfügten.

Die den Entwicklungsländern gewährten Handelskredite würden mit 2,5 Prozent verzinst, schreibt Mandous weiter, und würden durch Waren zurückgezahlt. Auf diese Weise sei die CSSR in die Lage versetzt, «mit einem ständigen Markt in den Entwicklungsländern rechnen zu können und präzise den Import von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu planen».

Dann führte Mandous bestimmte Projekte an und schreibt, seit dem Jahre 1955 habe die CSSR über 200 industrielle Anlagen in Afrika, Asien und Lateinamerika gebaut oder arbeite noch daran. Darunter befänden sich 70 Anlagen für Maschinenbau und Giessereien, Kraftwerke und chemische Fabriken.

Landwirtschaft

Sowjetunion

Mehr Dung

In der sowjetischen Landwirtschaft ist einmal mehr die Weiche gestellt worden: Vorrang hat nicht mehr die Erschliessung von neuen Anbauflächen (Neulandkampagne), sondern die Kunstdüngerproduktion. Sie soll im Laufe der nächsten sieben Jahre auf das Fünffache gesteigert werden.

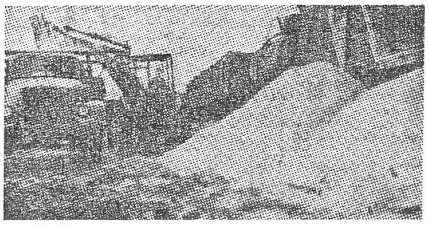
Die neue Dringlichkeitsfolge gab Chruschtschew selbst vor einem Monat an, in der gleichen Rede vom 26. September in Krasnodar, in der er die «schwierige Lage» der Landwirtschaft und die Weizeneinkäufe im Westen zugab (siehe KB Nr. 40). Bezeichnender Ausgangspunkt seiner Betrachtung war ein Vergleich mit den USA. Diese produzierten bei einer Saatfläche von 118 Millionen Hektar und einer Bevölkerung von 190 Millionen rund 35 Millionen Tonnen Kunstdünger pro Jahr, während sich der sowjetische Jahresausstoss trotz einer Anbaufläche von 218 Millionen Hektar für die 225 Millionen Einwohner lediglich auf 20 Millionen Tonnen belaufe. Zur Verbesserung der Ernteerträge bezeichnete Chruschtschew die Herstellung von Mineraldünger als erstes Ziel vor der Feldbewässerung. Die Gewinnung neuer Ackerbauflächen, auf die Chruschtschew in den zehn Jahren seiner Herrschaft das Hauptgewicht gelegt hat, ist in den Hintergrund getreten. (Der Pro-Hektar-Ertrag in den neuerschlossenen Gebieten ging in den letzten Jahren stetig zurück, wie denn überhaupt die forcierte Kampagne an den Ergebnissen gemessen zuviel kostete und zum Teil der fehlenden Aufforstung wegen den Boden schädigte.) Der Parteichef verlangt nun bis 1970 eine Jahresproduktion von 100 Millionen Tonnen Kunstdünger.

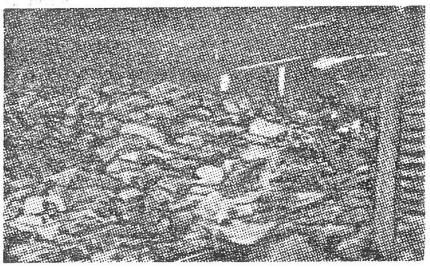
Chruschtschews Befehlsausgabe, die für die einzelnen Wirtschaftsgebiete zum Teil detaillierter abgefasst war, ist nun in der ganzen Union sofort aufgegriffen worden. Kunstdüngerproduktion ist das grosse Thema nicht nur der Fachzeitschriften, sondern auch der Tagespresse geworden. Die Frage, ob das gesteckte Ziel erreicht werden kann, hängt natürlich vom Ausbau der entsprechenden chemischen Industriebranchen ab. Wie sieht es damit gegenwärtig aus? Dieses Jahr sollten neue Betriebe (oder Ausweitungen) mit einer Jahreskapazität von 8 Millionen Tonnen in Betrieb genommen werden. In den ersten acht Monaten betrug aber das Leistungsvermögen von neuen Anlagen erst 1,5 Millionen Tonnen, so dass gut vier Fünftel der Einrichtungen noch zwischen September und Dezember fertiggestellt werden müssten. Das Bautempo wäre also sehr zu beschleunigen, wenn man nur annähernd an die für 1970 vorgesehenen Produktionsziffern herankommen will.

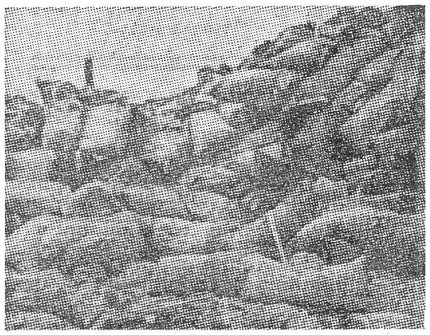
Eine zweite Frage ist es, ob das neugeschaffene Leistungsvermögen voll ausgenützt werden kann. Vorderhand sieht es noch nicht so aus. Obwohl nächstes Jahr ja neue Kapazitäten für 8 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen sollen, wird die Produktionserhöhung nur auf 4 Millionen Tonnen veranschlagt. Ein Hauptgrund liegt darin, dass es bei der Zustellung der Rohstoffe (wie Phosphor, Nitrogen, Kalium) hapert, die offenbar nicht dem Produktionsumfang entsprechend eingeplant ist.

Aber neben den Fragen der Kunstdüngererzeugung beschäftigt sich die Sowjetpresse, da sie schon beim Thema ist, auch mit der Frage, was mit dem erzeugten Kunstdünger geschieht. Und da wird man gewahr, dass die ewigen Mängel bei Transport und Lagerung auch hier beträchtliche Verluste zur Folge haben. Die «Prawda» vom 18. Oktober fasste diesbezügliche Korrespondenzberichte aus der Ukraine zu einer Darstellung zusammen, die kein rosiges Bild von den Zuständen entwarfen:

Auf der Eisenbahnstation Borispol bei Kiew sind die Säcke, in denen Kunstdünger vor Monaten abgeladen wurde, unter freiem Himmel durchgefault, so dass der Inhalt verdarb.







So wird Kunstdünger in der Sowjetunion gelagert. Bildbeispiele der Moskauer Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta» aus der Russischen Republik.

Die gleiche Geschichte wiederholt sich beim Güterbahnhof von Belaja Tscherkow. Eine Anzahl weiterer Stationen wird aufgezählt, wo der Kunstdünger offen gelagert wird. Aber auch auf den Kolchosen (genossenschaftliche Kollektivgüter) und Sowchosen (Staatsgüter) sieht es oft nicht besser aus. Beispiele werden

(Fortsetzung Seite 3)

Eine Darstellung der 22 chemischen Betriebe, die dieses Jahr in der «Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik» (RSFSR) zu erstellen sind. Sie sollen meist der Erzeugung von Kunstdünger dienen oder ihn wenigstens als Nebenprodukt produzieren. Die Zeitung «Gasjeta Rossija», welche die Zeichnung veröffentlicht, hat unter dem Impuls der neuen Kunstdüngerkampagne Chruschtschews an jede Baustelle einen Korrespondenten delegiert, welcher für «Kontrolle und Betreuung» der Arbeiten besorgt sein soll. Die neuen Anlagen konzentrieren sich auf den europäischen Teil der Republik, während man östlich des Urals der Düngerproduktion noch wenig Aufmerksamkeit widmet. Dabei meldet gerade in diesen Tagen Sibirien grosse Vorkommen von geeigneten Rohstoffen, insbesondere Nitrogen («soviel man will» — «Prawda»). Auch sind soeben zwei neue Phosphoritvorkommen entdeckt worden. Falls das Düngerproblem gelöst würde, könnte Westsibirien seine Jahresproduktion an Getreide von etwa 15 Millionen Tonnen auf rund 45 bis 50 Millionen Tonnen steigern. Die RSFSR liefert gegenwärtig etwa 10,7 der 20 Millionen Tonnen sowjetischen Kunstdünger.

aufgezählt von Landwirtschaftsbetrieben, in denen verschiedene Kunstdüngersorten so auf einen Haufen geschüttet seien, dass sie eine einzige kompakte Masse bilden, die man nicht einmal mit Hammerschlägen auflösen kann. Für die Bezirksabteilungen der Selchostechnike (Organisation für Landwirtschaftstechnik) hätten in der Ukraine plangemäss 269 Kunstdüngerlager eingerichtet werden sollen. Erstellt wurden aber nur 42.

Aehnliche Beispiel, wenn auch nicht in dieser Häufung, meldet die Presse auch von den andern Sowjetrepubliken.

Soziales

UdSSR

Ideologie und ... Architektur

«Die Architektur besitzt eine gewaltige Kraft der ideologischen Beeinflussung, weil sie die materielle Umgebung schafft, in welcher das ganze Leben des Menschen sich abwickelt. Sie hat einen unmittelbaren Einfluss auf den Alltag und die Weltanschauung der Menschen ... Die Hauptkraft der Architektur besteht in ihrer sozialen Zielsetzung ... In der sowjetischen Architektur manifestieren sich die Besonderheiten und Vorteile unseres sozialen Systems.» Diese bemerkenswerten Worte finden wir im Artikel des Leiters des Staatskomitees für Kommunalbauten und Architektur beim Staatsbauamt der UdSSR, M. Posochin, in der «Prawda».

So ganz abwegig ist der Gedanke nicht. Die neue ostdeutsche Architektur in Form der imposanten (Berliner) Mauer beeinflusst ohne Zweifel die Weltanschauung der Menschen, ebenso wie der Baustil der «Josephszeit» in Russland mit der Einschliessung grosser (Lager) Flächen durch kunstvoll gewundene (Stacheldraht) Zäune mit reizenden (Wacht) Türmchen. Eigentümlicherweise hatten Hunderttausende von Sowjetbürgern kein Verständnis für diesen Baustil und zogen vor, noch jahrelang nach dem letzten Krieg in einfachen Holzbaracken im UNRRA- und IRO-Stil zu hausen, bevor sie, offenbar unter dem Einfluss der dekadenten westlichen Architektur, in Kalifornien, Australien und Brasilien kleine «nur» für eine Familie bestimmte Häuschen bezogen oder in die im schweizerischen Heimatstil gebauten Altersheime übersiedelten.

Posochin, der auch Chefarchitekt von Moskau ist, glaubt, dass das, was seit 50 Jahren mit allen Mitteln der Propaganda und der Erziehung nicht erreicht werden konnte, jetzt mit Hilfe von Ziegelsteinen und der Bindemittel erreicht wird.

Posochin denkt in erster Linie an den neuen Baustil der grossen Wohnblöcke, in welchen dank besonderen Gemeinschaftseinrichtungen der Kollektivgeist der Menschen gefördert werden soll. In der Sowjetunion ist aber bei weitem nicht alles Haben, was Soll war (so das Haben von Getreide trotz sehr imposantem Plansoll), und so wird es auch mit dem ideologischen Einfluss des neuen nikitanischen Architekturstils sein.

«Handel»

Sowjetunion/Kuba

Nachspiel am Bosporus

Im September ereignete sich in der Nähe von Istanbul ein wohl einmaliger Unfall. Ein sowjetisches Schiff — ein fast 4000 BRT grosser Frachter — geriet im dichten Nebel aus der Fahrrinne, rammte zwei Häuser und blieb stecken. In der Hafenstadt Hisar am Bosporus wurden durch diesen Unfall drei Personen getötet und zwei andere ernstlich verletzt. So weit noch einmal die Tatsachenmeldung, die damals von allen Nachrichtenagenturen verbreitet wurde und wohl praktisch von fast allen Zeitungen auf allen Kontinenten nachgedruckt wurde.

Aber der Unfall des sowjetischen Schiffes brachte auch noch ein politisches Nachspiel, über das bisher erst wenig berichtet wurde. Hier sind zunächst die Fakten. Der Kapitän des sowjetischen Frachters, Alex Insberk, blieb zwei Tage an Bord seines Schiffes. Er verweigerte mit Nachdruck alle Befehle der türkischen Behörden. Vor allen Dingen versuchte er, das Betreten des Schiffes und eine Besichtigung der Ladung zu verhindern. Er zeigte zunächst nur die Frachtpapiere vor und erklärte, dass das Schiff 3383 Tonnen Weizen und 3607 Tonnen Gerste geladen habe und sich auf dem Wege nach Kuba befinde. Durch türkische Gerichte wurde die vorläufige Festnahme des Kapitäns erwirkt. Erst jetzt war das Schiff für eine genaue Untersuchung frei. Die beauftragten Stellen erlebten keine geringe Ueberraschung. Das Schiff hatte gar kein Getreide geladen, sondern die Fracht bestand aus Waffen und Munition. An den Angaben des Kapitäns stimmte lediglich, dass die Ladung für Kuba bestimmt war. Eine genaue Untersuchung der Waffen brachte eine weitere Ueberraschung. Die geladenen Waffen waren amerikanischer Herkunft. Es handelt sich nicht um neueste Modelle, sondern um Handfeuerwaffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Waffen waren zur damaligen Zeit den Sowjets von den USA zur Verfügung gestellt worden.

Religion

Polen

«Kardinal gegen Konzil»

Im Rahmen eines neuerlichen heftigen Angriffs auf die führenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche Polens hat eine atheistische Zeitschrift dem hohen Klerus des Landes jetzt den Vorwurf gemacht, er stehe «ausserhalb des Oekumenischen Konzils».

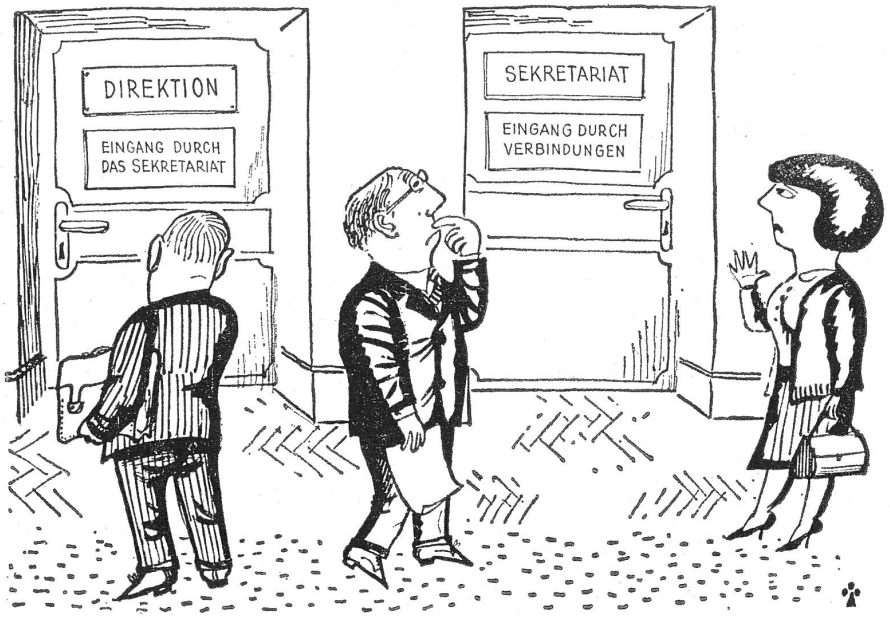
Dieser Angriff auf Kardinal Wyschynski und die polnischen Bischöfe ist in der Zeitschrift «Argumenty» enthalten, und zwar in der Ausgabe vom 29. September, die RFE vorliegt.

Diese Zeitschrift ist das Organ der von der Partei unterstützten Organisation der Atheisten und Freidenker und gilt als Vorhut in der Kampagne der polnischen KP gegen die Kirche.

In dem fraglichen Artikel heisst es des weiteren, der hohe Klerus verfolge in seiner Haltung gegenüber der Friedensfrage sowie hinsichtlich der Beziehungen zwischen Staat und Kirche «immer noch den Kurs Pius XII.». In diesem Zusammenhang erklärt «Argumenty», dass Papst Pius XII. zwar niemals zum Krieg aufgerufen habe, dass er jedoch auch nie die Möglichkeit eines Krieges zur Herbeiführung «des Friedens Gottes» ausgeschlossen habe.

Unter Hinweis darauf, dass sich unter dem verstorbenen Papst Johannes XXIII. «wesentliche Veränderungen» in der Haltung des Vatikans ergeben hätten, heisst es dann weiter: «Nur die polnischen Kirchenführer blieben Episkopats debattieren über die Friedenspapstes» und gegenüber der öffentlichen Meinung; die Repräsentanten des polnischen Episkopats bedattierten über die Friedensfrage noch immer unter Wahrung jenes Standpunktes, den Pius XII. einnahm.

Ferner beschuldigt «Argumenty» die polnischen Bischöfe, sie interpretierten die Enzyklika Johannes XXIII., «Pacem in Terris», auf eine «ganz ausserordentlich sonderbare Weise», indem sie versuchten, die Verantwortung für frühere und künftige Kriege den



Vetterliwirtschaft in Polen: Eine Zeichnung von «Ludos Matyi», Warschau.

Atheisten und den Anhängern anderer Religionen aufzubürden.

«Sie hassen unsere Gesellschaftsordnung»

Des weiteren heisst es, die von Johannes XXIII. geschaffene Atmosphäre haben den polnischen Kirchenführern die Chance eröffnet, zu praktischen Vereinbarungen hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Staat zu gelangen. Aber, so wird hinzugefügt, sie hätten davon keinen Gebrauch gemacht.

In dem Artikel ist ferner die Anschuldigung enthalten, die polnischen Bischöfe gäben «unverantwortliche Erklärungen ab, die nur von einem blinden Hass gegen unsere gesellschaftliche Ordnung diktiert sein können». Als Beispiel zitiert «Argumenty» Aeusserungen, wonach die Sommerlager für Jugendliche als «Konzentrationslager» und das Gesetz über die Zulässigkeit von Schwangerschaftsunterbrechungen als «Nazi-Programm der Ausrottung» bezeichnet worden seien.

In diesem Zusammenhang heisst es dann weiter, der Episkopat habe aber offensichtlich festgestellt, wie unwirksam dieses Vorgehen sei und beginne jetzt, seine Taktik zu ändern.

«In einigen Reden von Angehörigen des hohen Klerus wird der Versuch gemacht, die Volkstümlichkeit gewisser sozialer und politischer Leistungen der revolutionären Bewegung herabzusetzen und sie als Werkzeug einer antisozialistischen Propaganda zu benutzen.»

Abschliessend wird erklärt: «Der polnische Episkopat steht und bleibt ausserhalb des Oekumenischen Konzils.»

Kardinal Wyschynski, der die Delegation zum Vatikankonzil leitet, erklärte am 5. Oktober in Pescara (Italien), Papst Johannes' XIII. Enzyklika «Pacem in Terris» sei in Polen mit grosser Befriedigung aufgenommen worden.

Partei

SBZ

«Neue» Regierung

Hinweise führender SED-Funktionäre aus den letzten Tagen vor den «Volkswahlen», «dass unsere neue Volkskammer, unsere neue Regierung und unser neuer Staatsrat die Friedensarbeit fortsetzen werden», sind von informierter Seite in Ostberlin so gedeutet worden, dass die am 20. Oktober «gewählte» Sowjetzonen-Volkskammer in ihrer konstituierenden Sitzung einen neuen «Staatsrat» der Sowjetzonen-Republik wählen wird. In dieser Frage hatten Unklarheiten bestanden, weil der derzeitige «Staatsrat», der erst im zweiten Jahr der Legislaturperiode der «Volkskammer (1958 bis 1962 bzw. 1963) am 20. September 1960 «gewählt» worden ist, erst etwas über drei Jahre amtiert, während seine Legislaturperiode laut Verfassung wie die der «Volkskammer» vier Jahre beträgt.

Dem «Staatsrat» gehören nach Artikel 102 der Verfassung ausser dem Vorsitzenden sechs Stellvertreter des Vorsitzenden, 16 Mitglieder und ein «Sekretär» an.

Aus dem derzeitigen «Staatsrat» ist das Mitglied Karl Mewis nach seiner Entlassung aus der Funktion des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission im Januar 1963 ausgeschieden. Es ist damit zu rechnen, dass sein Nachfolger Dr. Erich Apel als 16. Mitglied in den «Staatsrat» einziehen wird.

Der Schnappschuss

Der Mangel an Handwerkern in der Sowjetzone hat dazu geführt, dass für Reparaturen, die nach Feierabend ausgeführt werden, Stundenlöhne bis zu 40 Mark gefordert und gezahlt werden. Gegen diese überhöhten Forderungen hat der Vorsitzende der Ständigen Kommission Handwerk des Bezirkstages Dresden vor kurzem vor Dresdener Handwerkern Stellung genommen. Er hat vorgeschlagen, in den Wohngebieten ehrenamtliche Bauaktivs zu bilden, die Reparaturwünsche der Einwohner entgegennehmen, an die Betriebe weitergeben und nach Abschluss der Arbeiten sowohl hinsichtlich der Ausführung als auch der Abrechnung kontrollieren sollen.

*

Eine Altstofflotterie veranstaltet das «Nationale Aufbauwerk» der Stadt Dresden vom 15. Oktober bis zum 30. November. Für die Ablieferung von fünf Kilo Altpapier oder Alttextilien wird ein Los abgegeben. Als Gewinn sind ein Fernsehgerät, Fahrräder, Photoapparate, Staubsauger und Kaffeemaschinen ausgesetzt. Die Auslosung soll im Dezember erfolgen.

*

Das sowjetische Rundfunkprogramm in rumänischer Sprache musste unlängst der Uebertragung eines Fussballwettspiels weichen. Radio Bukarest, das regelmässig eine halbstündige Sendung von Radio Moskau in rumänischer Sprache bringt, schaltete am 14. Oktober nach kaum 15 Minuten ab und brachte stattdessen die Uebertragung eines Fussballspiels zwischen zwei rumänischen Mannschaften. Eine ähnliche Programmänderung hatte bereits eine Woche zuvor stattgefunden.

*

In ihrem ideologischen Konflikt mit dem kommunistischen China soll die Sowjetunion versucht haben, auch die Nationalchinesen einzuspannen. Wie bekannt wurde, hat der Zweite Sekretär der Sowjetbotschaft in Bangkok der Zeitung «Schih Tschien Jih Pao» eine grössere Dollarsumme angeboten, wenn sie eine 6000 Wörter umfassende, gegen Peking gerichtete Streitschrift der sowjetischen KP veröffentliche. Die Zeitung ist das offizielle und von der Regierung Formosas unterstützte Organ der in Thailand lebenden Nationalchinesen.

*

Einer der bekanntesten Leiter einer tschechoslowakischen Tanzkapelle hat eine seltene Ehrung empfangen — man verlieh ihm den Titel «Verdienter Künstler», eine Auszeichnung, die normalerweise nur an hervorragende Künstler der höheren Gebiete der Kultur vergeben wird.

In der Verleihungsurkunde an Karel Vlach hiess es, er erhalte die Auszeichnung für «langjährige ausgezeichnete Darbietung tschechoslowakischer Tanzmusik im In- und Ausland und für seine Arbeit auf dem Gebiete der Entwicklung der Tanzmusik in der CSSR».

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.